

— Eine Coblenzer Firma kündigt jetzt in den Set-
tungen „Guthstahlhemden“ als „äußerst
fein, nicht schwerer als leinene und sehr angenehm zu
tragen“ an. Jetzt fehlen nur noch panzerplattirte Wein-
leider, bombensichere Westen, gezogene Strohhitze und
Hinterlabungs-Jadets; dann ist der moderne Frühjahrs-
Anzug für Civil fertig! (Mtg.-Stg.)

überzeugt zu haben, daß es doch nicht reiner Eigensinn ist, wenn ich mich fest dafür einsehe — zu erliegen gesucht hätte durch den Druck einer, nennen wir es kurz, Cabinetsfrage, das trifft so ganz doch nicht zu. Ich meine doch, ich habe nicht gesagt, wenn Sie so und so votiren, will ich nicht mehr Bundeskanzler sein, da habe ich, ehe ich resignire, doch noch andere Pflichten, als gegen das Elsaß allein in Erwägung zu ziehen — ich habe nur gesagt, daß wenn die Aufgabe, die dort irgend einem Manne übertragen werden soll, so eingerichtet werden soll, dann wünsche ich von ihrer Uebernahme dispensirt zu sein, und das kann man doch, ehe man ein solches Amt übernimmt, sagen und seine Bedingungen stellen, ohne daß darin ein unmittelbarer und äußerlicher der Sache liegender Druck auf die Entscheidung der Beteiligten liegt. Ich möchte die Herren dringend bitten, aus einer vielleicht nicht ausreichend vorbereiteten Art, in der ich meine Meinung mitunter vertritt, namentlich da, wo ich nach einer längeren theils geographischen, theils sachlichen Abwesenheit und Nichtbetheiligung an Ihren Geschäften zurückkehre, aus der Art, wo ich in unvorbereiteter Lage eine Sache vertritt, nicht sofort Schlüsse auf tiefer gehende Zustimmung zu ziehen und einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zu Gute zu halten, ohne die ich nicht im Stande wäre, Ihnen und dem Lande Dienste zu leisten. (Bravo!) Das Recht, etwas ermilbet zu sein, wird mir auch der Herr Vorredner nicht absprechen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Blandenburg: Nach dem Abg. v. Ketteler liegt die Republik in der Luft. Offenbar meint er damit die französische, die allerdings ganz in der Luft schwebt und die Nähe einer Militärdictatur ankündigt. Wie aber die Dictatur im Elsaß das monarchische Prinzip schädigen soll, ist mir unverständlich; sie ist ja vielmehr die Anwendung des monarchischen Prinzips mit Vorseitlassung des parlamentarischen Prinzips für kurze Zeit. Er hat vielleicht in seinen engeren Kreisen mit der Dictatur, zu der die römische Kirche gravitirt, traurige Erfahrungen gemacht. In der Kirche ist sie viel gefährlicher, als im Staate. — Abg. Lasker: Der Vorredner hat an Herrn v. Ketteler dieselbe Erfahrung gemacht, die wir sonst an ihm machen, da auch er es liebt, Dinge mit dem monarchischen Prinzip in Zusammenhang zu bringen, die nichts mit ihm zu thun haben. Es ist eine leere und windige Drohung, daß er bei sachgemäßer Behandlung von Gesetzen an das monarchische Prinzip und die Gefahr seiner Schädigung appellirt und verwerfliche Beispiele aus Frankreich citirt, gut genug um Kinder und Unverständige damit zu schrecken. Der Abg. Dunder verwechselt fortwährend zwei Dinge, er meint die Dictatur für Elsaß und Lothringen werde aufgehoben, wenn der Reichstag an der Gesetzgebung für Elsaß und Lothringen theilnimmt. So lange sie in unserer Mitte nicht vertreten sind, bleibt die Dictatur Dictatur, gleichviel ob der Reichstag an derselben theilnimmt oder nicht, ja die Dictatur von Regierung und Vertretung ausgeht, ist vererblich und unerblich, als die der Regierung allein. Ich verweise auf England, auf den Abfall der amerikanischen Colonien und die Steuerverweigerung eines Districtes von London, als Willens aus dem Parlament ausgeschloffen wurde. Dort ist der Grundsatz, daß wer nicht durch das Parlament vertreten ist, auch nicht durch das Parlament regiert werden kann, anerkannt. Auch der Reichskanzler hat die Beschlüsse des Hauses nicht richtig aufgefaßt, wenn er sie mit der Annahme der Dunder'schen Anträge verwechselt. Der Reichstag hat gerade die Theilnahme an der Dictatur durch seine Beschlüsse zurückgewiesen. — Fürst Bismarck: Ich halte die Theilnehmung von elfässigen Abgeordneten am Reichstag noch nicht identisch mit der Einführung der Reichsverfassung in Elsaß und Lothringen. Ich sprach ausdrücklich von einer Art Lehrkursus, von Bekanntwerden, will ich lieber sagen, mit deutschen Verhältnissen, und auch von der Möglichkeit einer Beschwerdeinstanz für die Regierungen. In dem Gesetze selbst ist ja vorgesehen, daß einzelne Theile der Reichsverfassung im Elsaß eingeführt werden können, wenn die Zeit dazu gekommen erscheint. Ebenso könnten ja als solche einzelne Theile das Wahlrecht, die Theilnehmung an den Diskussionen des Reichstages sehr wohl betrachtet werden, ohne daß deshalb die Gesetzgebung im Elsaß selbst schon an alle die parlamentarischen Formen gebunden würde, die die Reichsverfassung mit sich brachte, sondern indem die Gesetzgebung allerdings dem unabhängigen Ermessen des Kaisers und des Bundesrathes überlassen bliebe, obgleich hier im Hause Elsäßer und Lothringer saßen.

Abg. v. Kardorff: Ich war nach dem Beschluß der Commission Willens, für das Jahr 1873 zu stimmen, weil ich ihn als eine Art von Compromiß aufgefaßt habe; aber nach den Erklärungen des Reichskanzlers scheint mir die Sachlage einigermaßen verändert. Wenn er die Versicherung abgeben wollte, daß er seinen persönlichen Einfluß dafür einlegen wolle, daß die Abgeordneten aus Elsaß bald möglichst hier in diesem Hause erscheinen, so bin ich geneigt, für 1874 zu stimmen. Ich bin mir bewußt, daß die Einführung der Elsäßer in den Reichstag eine Verfassungsänderung involvirt. — Fürst Bismarck: Ich werde gerne bemüht sein, meinen persönlichen Einfluß dahin geltend zu machen, sobald es von dem Kaiser und den anderen Regierungen für zulässig erachtet wird, elfässige Abgeordnete in den Reichstag zu berufen. Doch könnte das natürlich nicht ohne Zustimmung des Reichstages selbst geschehen. (Beifall.) — Abg. v. Ketteler: Ich erwiedere dem Abg. v. Blandenburg, daß für mich Monarchie und Absolutismus nicht identisch sind. Wenn er eine kirchliche Sache hier herinzog, so hat mich das aus seinem Munde sehr überrascht. Seine Aeußerung beweist, daß er von der katholischen Kirche gar nichts versteht. (Heiterkeit.) — Abg. v. Blandenburg: Er habe nicht von der katholischen, sondern von der römischen Kirche gesprochen. (Heiterkeit.) — Bei der Abstimmung werden die Amendements von Kleist und Dunder abgelehnt und § 2 in der Fassung der Commission angenommen.

§ 3 lautet: „Die Staatsgewalt in Elsaß und Lothringen übt der Kaiser aus. Bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Reichsverfassung ist der Kaiser bei Ausübung der Gesetzgebung an die Zustimmung des Bundesrathes und bei der Aufhebung von Anleihen und Uebernahme von Garantien für Elsaß und Lothringen, durch welche irgend eine Belastung des Reichs herbeigeführt wird, auch an die Zustimmung des Reichstages gebunden. Dem Reichstage wird für diese Zeit über die erlassenen Gesetze und allgemeinen Anordnungen und über den

Fortgang der Verwaltung jährlich Mittheilung gemacht. Nach Einführung der Reichsverfassung steht bis zu anderweiter Regelung durch Reichsgesetz das Recht der Gesetzgebung auch in den der Reichsgesetzgebung in den Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten dem Reiche zu.“ Die gesprochene Worte sind das Amendement der Commission; die Fortschrittspartei (Herr v. Gen.) beantragt dieses Amendement zu streichen; ein Amendement Dunders will auch hier die Mitbetheiligung des Reichstages wahren; die liberale Reichspartei (v. Roggenbach und v. Bernuth) beantragten, statt des letzten Satzes zu setzen: „Nach Einführung der Reichsverfassung steht das Recht der Gesetzgebung in den der Reichsgesetzgebung in den einzelnen Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten noch bis zum 1. Januar 1874 dem Kaiser unter Zustimmung des Bundesrathes, nach dem 1. Januar 1874 aber bis zu anderweiter Regelung durch Reichsgesetz dem Reiche zu.“ — Abg. Wigard constatirt, daß hier ein aus persönlichen Rücksichten gefaßter Beschluß der Commission vorliegt, der sich mit dem des Hauses in Widerspruch setzt und ihn im Kern aufhebt. Er erinnert dabei an seinen abgelehnten Antrag, der die Mitwirkung einer elfässisch-lothringischen Landesvertretung leider vergeblich verlangte und erkennt an, daß der Reichskanzler in dieser Frage gerechter ist, als die Mehrheit des Reichstages. — Abg. Windthorst: Die verschiedenen Aeußerungen des Reichskanzlers kann ich nicht in Harmonie bringen. Ich war früher nicht der Meinung, daß das Provisorium eine solche Ausdehnung haben dürfe, wie es sie jetzt hat, und nach meinem Dafürhalten enthält der Gesetzentwurf wesentlich Anderes, als der Reichskanzler es als seine Intentionen ursprünglich dargelegt hat. Die Anschauungen des Reichskanzlers, daß es eine Beeinträchtigung der Elsäßer sein würde, wenn wir hier über ihre Angelegenheiten ohne sie entscheiden wollten, halte ich für durchaus richtig. Dann aber frage ich, warum von Seiten der Regierungen dem Antrage Reichspersers auf Verstellung einer Landesverfassung zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Besteuerung Widerspruch entgegengesetzt wurde? Die Aussicht von hier herabum zu sehen, wie im Elsaß sehr unangenehm empfunden. — Abg. Miquel: Die Vertretung eines anderen Landes vertritt ihr eigenes Interesse immer mehr, während die Regierung viel objektiver sieht; diese behandelt sogar neue Landestheile gewöhnlich besser als alte. Darum wollen wir die Dictatur voll zugehen. Nur möge diese nicht in das Reich selbst und dessen Finanzen übergreifen. — Abg. Roggenbach begründet sein Amendement in Hinsicht auf den Wunsch, daß schon vor Einführung der Reichsverfassung aus Elsaß Abgeordnete in den Reichstag kommen möchten. — Abg. Dunder: Das Verfahren der Engländer und Amerikaner gegenüber ihren Colonien sei noch jetzt ganz so, wie der Reichstag mit Elsaß verfähre. Das Gesetzgebungsrecht sei überall dem Reichsparlament vorbehalten. — Abg. Kiefer warnt vor der vorzeitigen Einberufung der elfässischen Vertreter zum Reichstage, wenn man nicht die Zahl der polnischen Abgeordneten vermehren wolle. Er empfiehlt daher die Fassung der Commission. — Ref. Lamey äußert sich in demselben Sinne und berührt dabei die über Vorlage anhängende Unklarheit, was den Reichskanzler zu der Bemerkung veranlaßt, daß diese Unklarheit in der Sache selbst liege, und daß ohne sie nicht ein Provisorium, sondern ein Definitivum vorgeschlagen wäre. — Nach Ablehnung sämtlicher Amendements wird § 3 in der Commissionssassung angenommen.

§ 4 Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers wird ohne Debatte genehmigt und schließlich das ganze Gesetz einstimmig angenommen. (Dagegen stimmen u. A. Ewald, Krüger, Windthorst, Wigard.) Nächste Sitzung Montag.

Deutschland.

* Berlin, 4. Juni. Ueberall trifft man bereits Vorbereitungen zum Einzug der Truppen. Am Hofe trifft man großartige Vorbereitungen zu dem Empfang einer Anzahl förmlicher Gäste. Alle deutschen Höfe werden durch Mitglieder bei der Feier vertreten sein; namentlich erwartet man die Fürsten, welche am Festzuge theilgenommen. Der Aufbruch der Fremden scheint ein so großer werden zu wollen, daß die Beschaffung von Quartieren Schwierigkeiten bereiten wird. Der Preis der Fenster ist in Folge der langen Ausdehnung des Einzugsweges etwas von der außerordentlichen Höhe der ersten Forderungen herabgedrückt. Ueber die Vorbereitungen seitens der städtischen Behörden ist bereits berichtet. Die Ehrenjungfrauen, welche zur Begrüßung der eingehenden Truppen am Brandenburger Thore aufgestellt sein werden, sollen dies Mal, wie die „Montags-Ztg.“ berichtet, in altdeutscher Tracht (nach Art des Gretchens-Costüms) erscheinen und zwar in weißen Cachemir-Kleidern, welche mit blauer Garnitur geschmückt sind, da Blau die Fieblingsfarbe des Kaisers ist. — Der Beschluß des Reichstages ist unmittelbar nach den Festlichkeiten zu erwarten. Das Annerkennungsgesetz ist gestern definitiv angenommen, ohne daß der Conflict entstanden, auf welchen die Reaction, nach den Kundgebungen ihrer Presse zu urtheilen, bereits mit großer Sicherheit speculirt hat. Fürst Bismarck hat sich gestern eben so offen als entgegenkommend ausgesprochen. Sein Ton unterschied sich sehr wesentlich von dem „der Prekammerluffen“, wie die „Nat.-Ztg.“ etwas despectisch, aber mit Fug und Recht, die Herren Drax und Consorten bei dieser Gelegenheit bezeichnet hat. Auch das Invalidengesetz, das morgen zur Verhandlung kommt, wird vermuthlich keine großen Schwierigkeiten machen, da die Regierung den Veränderungen, wie sie von der freien Commission vorgeschlagen sind, keine wesentliche Opposition entgegenzusetzen soll. — Der Gesetzentwurf über die Entschädigung der deutschen Knebelerei will in seinem II. Artikel nur denjenigen durch den Krieg zum Stillliegen gezwungenen deutschen Schiffen Entschädigung leisten, welche sich in einem „außerordentlichen Hafen befunden haben. Wenn man Entschädigungen dieser Art gewähren will, so ist nicht einzusehen, warum man Schiffe davon ausschließen soll, welche in derselben Weise in einem andern deutschen Hafen zum Stillliegen verurtheilt gewesen sind. In diesem Sinne ist nun auch von den Abgg. Büßing, von Freeden, Widmann, v. Winter, Lefse, Wolffson u. A. ein Antrag eingebracht, in Art. II. des Entwurfes in Zeile 3 statt „in außerordentlichen Häfen“ zu setzen: „in einem anderen als in ihrem Heimathshafen“ und in Zeile 3 und 4 statt: „in solche Häfen“ zu setzen: „in Schutzhäfen.“

— Die Commission zur Herstellung eines Provisoriums für die Sitzungen des Reichstages und zur Errichtung eines definitiven Parlamentsgebäudes, hielt am Donnerstag Abend ihre erste Sitzung. Der Präsident des Reichstages, Dr. Simson, sprach sich mit großer Entschiedenheit dagegen aus, daß das Abgeordnetenhaus länger als für die Dauer dieser Session die Localitäten für die Sitzungen des deutschen Reichstages hergebe, und anderweitig wurde constatirt, daß der Saal im Herrenhaus sich für diese Sitzungen nicht herrichten läßt. Man entschied sich demgemäß für den Bau eines provisorischen Sitzungssaals nebst Büreans, Abtheilungszimmern u. auf dem Grundstücke der Porzellanmanufaktur. Es sollen nunmehr ohne Verzug weitere technische Erörterungen stattfinden, die so zu beschleunigen sind, daß der Bau bis zur Herbstsession fertig gestellt werden kann.

— Der Kaiser hat am 1. Juni die Statuten der allgemeinen deutschen Invaliden-Versicherung, wie sie von der Victoria-National-Invaliden-Versicherung und dem Central-Comité vereinbart worden sind, vollzogen.

— Fürst Bismarck und Graf Moltke haben von den Senaten von Bremen und Lübeck jetzt nach erfolgter Friedensratification das Ehrenbürgerrecht erhalten.

— Wie man an der Börse wissen will, findet im Bundesrath das Gesetz über die Prämien-Anleihen, namentlich was deren Stempelung anbelangt, Beachtung.

— Wie es heißt, ist im Bundesrath eine Vermehrung der Zahl der designirten Mitglieder der neuen Reichs-Civilprozeßordnungs-Commission aus den Reihen des Preussischen Richterstandes erster und zweiter Instanz angeregt worden.

— Nach einem viel verbreiteten Gerücht, schreibe die „Montags-Ztg.“, wäre der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Wurmb, zum Nachfolger des Regierungspräsidenten v. Kühlwetter in Düsseldorf und der Landrath Prinz Handjery zum Polizeipräsidenten von Berlin designirt. Die Bestätigung wird abzuwarten sein.

Posen. Die Unterzeichnung der Beglückwünschungs-Adresse an den Papst ist in unserer Provinz am ersten Pfingsttage geschlossen worden und hat nach einer Meldung der „Pos. Ztg.“ über 400,000 Unterschriften ergeben. Unter den Unterschriften sind alle Stände vertreten.

Köln, 2. Juni. Die Stadtverordneten haben beschlossen, eine Petition an den Reichstag und den Bundesrath zu richten, dahin gehend, daß der Stadt Köln die von ihr in Folge des Krieges gezahlten gesetzlichen Unterstützungsgelder an hilfsbedürftige Familien der Landwehrleute und Reservisten aus der von Frankreich zu leistenden Kriegsentwädigung erstattet werden möchten. Dieser Beschluß wurde mit Einstimmigkeit gefaßt. (Selbstverständlich soll dasjenige, was die Stadt über das gesetzliche Maß an den fraglichen Unterstützungen gezahlt hat, zu Lasten der Stadtgemeinde verbleiben.)

München, 1. Juni. Dem Vernehmen nach verweigert der Minister Graf Bray bis jetzt seine Zustimmung zu dem von dem Kultusminister Lugs für notwendig erachteten Erlasse an die bayerischen Bischöfe.

Eine Versammlung von Führern der Ultratholiken, welche am 3. d. in München stattfand, hat beschlossen, eine Trennung von Rom nicht zu bewirken, dagegen dem Concil die Anerkennung zu versagen und den katholischen Gottesdienst in eigenem Locale abzuhalten.

Mürnberg, 2. Juni. Wie der „Correspondent“ mittheilt, verlautet in München, daß die bayerische Staatsregierung gesonnen sei, das Concordat mit Rom zu kündigen.

Oesterreich.

Wien, 3. Juni. Im Prozesse Karageorgewich sind der Fürst und seine beiden Mitangeklagten Trifkovich und Stanlovich vom obersten Gerichtshof wegen unzulänglicher Beweise freigesprochen worden. (W. Z.)

Schweiz.

Bern, 31. Mai. Gerüchweise verlautet, der Bundesrath habe gestern in geheimer Sitzung die Verfassung Felix Phats und Pascal Grouffets beschlossen, falls dieselben Schweizer Gebiet betreten sollten. Dem „Bund“ wird dies selbst aus „zuverlässiger Quelle“ mitgetheilt. Ist diese Quelle wirklich „zuverlässig“, so ist jene Mittheilung nichts anders als ein officielles Avis an leeteur. Die H. H. Felix Phat und Pascal Grouffet wissen jetzt, woran sie sind, und Mittel und Wege der Verhaftung durch die Bundesbehörden zu entgehen, wird man mit Hilfe guter Freunde schon finden. Die Adresse der am 29. Mai zu Genf auf Anstiften des Grütli-Vereins abgehaltenen Volksversammlung, welche auch Aufrechterhaltung des Asylrechts für die Mitglieder der Commune und alle übrigen bei den jüngsten Pariser Ereignissen theilgenommenen Personen verlangt, ist vom Bundesrath einfach ad acta gelegt. Er betrachtet die in dieser Adresse berührte Frage durch seinen Beschluß vom 29. d. M. betreffend jene Individuen als bereits erledigt. (Allg. Ztg.)

Belgien.

Brüssel, 2. Juni. Das „Journal de Bruxelles“ schreibt: „Mehrere Journale haben mitgetheilt, die belgische Regierung habe den Schweizer Bundesrath davon in Kenntniß gesetzt, daß sie sämtliche Pariser Flüchtlinge als gemeine Verbrecher ausliefern werde. Wir glauben zu wissen, daß die Regierung keine derartige Mittheilung an den Schweizer Bundesrath habe gelangen lassen.“ (W. Z.)

England.

London, 1. Juni. Dem ältlichen Herrn in Chiselfhurst scheint die richtige Zeit gekommen zu sein, wieder einmal mit einem Selbstempfehlungsschreiben vor das französische Volk zu treten. Wenigstens veröffentlicht heute der „Daily Telegraph“ Auszüge aus einer Flugschrift, welche unter dem Titel „Is on ont menti“ die Regierung und die Politik Louis Napoleons rechtfertigen soll. Sie stellt sechs Fragen zur Verantwortung auf: 1) Hat der Kaiser den Krieg gewollt? 2) War er die Ursache von der schlechten Vorbereitung Frankreichs? 3) War er es, der den Krieg leitete und ihn so unheilvoll machte? 4) War seine Haltung in Gegenwart des Feindes seiner Stellung und seines Namens unwürdig? 5) Hat er nichts für die Wohlfahrt und den Ruhm des Landes gethan? 6) Hat er seine Regierungszeit ausschließlich mit Entfaltung der Nation und Bereicherung seiner selbst auf ihre Kosten zugebracht? Die Flugschrift beginnt mit einem offenen Geständnisse. Hat der Kaiser den Krieg ge-

wollt? Ohne allen Zweifel. Aber — so fragt der Verfasser weiter — wann und warum hat er ihn gewollt? Er wollte ihn, wenn Frankreich bereit sein würde, ihn mit Erfolg durchzuführen. Der Kaiser wollte den Krieg, wie Frankreich ihn seit Menschenaltern gewollt hat, und wie es ihn ewig wollen wird, bis es jenen wesentlichen Theil seines Bodens wieder erobert hat, den es besaß, als sein Name Gallia war. Und war dieser Plan gegen Deutschland gerichtet? Ganz gewiß nicht. 1) Kein Herrscher hat größere Theilnahme für Deutschland an den Tag gelegt als Napoleon III. Niemand wünschte mehr als er, diese große Nation geeignet und unabhängig zu sehen. Aber für den Kaiser und für Frankreich fängt Deutschland erst auf der anderen Rheinseite an, in Uebereinstimmung mit der Geographie, mit der Geschichte, mit dem Kaiser, welcher sagte, „der Rheinstrom scheidet die Germanen von den Galliern“. Der Kaiser trug sich mit der Hoffnung, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen. Er zählte einerseits auf die heilsame Furcht, welche die Macht Frankreichs einflößen würde, und andererseits auf die Weisheit und den Gerechtigkeitsinn der vornehmsten Staaten des Auslandes. Wünsche aber Napoleon den Krieg von 1870, für welchen Frankreich unvorbereitet war? Ganz gewiß nicht. Napoleon ging nie vorher in den Krieg, ohne einen Verbündeten zu haben, und der Grund für eine so schlechte Wahl der Zeit liegt darin, daß Preußen seine anmaßende Politik durch die hohenzollernsche Candidatur auf den Gipfel steigerte. Ueberdies war der Kaiser bei der Kriegs-Erklärung kein Selbstherrschermehr; er hatte sich zum constitutionellen System bekannt und Ollivier zu seinem verantwortlichen Minister gemacht; dieser aber war eine der ersten und größten Ursachen für das Unglück Frankreichs und des Kaiserreichs. Wer aber trägt die Verantwortlichkeit für die Unvorbereitetheit Frankreichs? Natürlich wieder das constitutionelle System, die Kammer, die nicht mehr Geld für das Heer bewilligen wollte u. s. w. Endlich wird das materielle Gedeihen Frankreichs als eine befriedigende Antwort auf die Frage, wie der Kaiser seine Macht gebraucht habe, geschilbert. Die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, die Verallgemeinerung der Schulbildung, die Vertheidigung der Kirche u. s. w. Da sich Frankreich durch dieses kaiserliche Selbstlob Sand in die Augen streuen lassen wird? Das werden sich die Franzosen selbst zu überlegen haben. Uns Deutschen aber ist es interessant, zu erfahren, daß Napoleon oder sein beauftragter Anwalt erstens die consequent verfolgte räuberische Politik gegen Deutschland offen eingesteht oder vielmehr sich derselben rühmt, zweitens aber durch seine Schilderung des angewandenen Nationalwohlthuns es die Frage, ob Frankreich eine Kriegsentwädigung von fünf Milliarden leisten könne, durchaus im Interesse Deutschlands entschleibt.

London, 1. Juni. Die Bergwerksarbeiter im Südwales beschloffen, die Arbeit einzustellen, weil ihnen eine fünfprocentige Lohnerhöhung verweigert wurde.

2. Juni. Unterhaus. Auf eine Interpellation Bourke's erwidert Staatssekretär Bruce, die britische Regierung habe seitens der französischen Regierung keine Mittheilung bezüglich der Auslieferung von Flüchtlingen erhalten. Auf eine Interpellation Vode's erklärt Esfield, die Regierung habe bezüglich der Waffenhinrichtungen in Paris nur Botschaften erhalten, und sie habe keine Demonstrationen dagegen erhoben. (W. Z.)

Frankreich.

Paris zerfällt gegenwärtig in vier große Militair-Commandos: Ost, Nordost, Süd und Centrum, und die Militairbehörden üben die Polizei mit eiserner Hand. Das Hauptkriegsgericht in Paris sitzt im Theater des Chatelet; auch im Lager von Satory sind fünf Untersuchungs-Commissionen in Permanenz, welche an die Gefangenen die nöthigen Fragen zu richten haben. Nach der „Befragung“ werden die Gefangenen entweder entlassen oder nach Brest, Orient und Cherbourg abgeführt. Die Ile Belée von Cherbourg ist bereits von Gefangenen überfüllt und man richtet Schiffe zu Gefängnissen ein. Die Sitzungen des Kriegsgerichtes, vor welches die großen Verbrecher kommen, die Chefs der Commune u. s. w., die in Versailles aufgespielt worden, finden hier im großen Affensaal statt; vorläufig ist die Untersuchung jedoch noch nicht mit den Verhören fertig und es können noch acht Tage dazu nöthig sein. In Paris findet täglich eine Versammlung der Raires unter Henri Cautot statt, und es giebt viel zu thun und wieder einzurichten, zumal die Militairbehörden nur — „gut zum Erschießen sind“, im Uebrigen aber nichts von der Verwaltung verstehen, und da in Paris seit dem Tage, wo Emile Ollivier den Krieg „mit leichtem Herzen“ erklärte, Alles durch einander geworfen wurde, so daß die Verwaltung der Stadt fast von vorn wieder angefangen werden muß. Die frühere „Garde de Paris“, jetzt „Garde Republicaine“ genannt, ist wieder eingerichtet und bezieht ihre früheren Casernen; auf dem Plage der neuen Oper ist noch ein Artilleriepark eingerichtet. Graf Beaumont, Offizier vom Stabe des Generals Cluseret, wurde gestern säkirt, ebenso Detha, Mitglied der Commune, ferner Oberst Jacard, Chef der 17. Legion, der Commandant Pauchoud, Organisator der Claqueurs der Commune, endlich Aveme und Dartoud, Mitglieder des Central-Comites. Auf Befehl Mac Mahon's werden alle Caffeehäuser in Paris Abends um elf Uhr geschlossen.

Paris erhebt sich mit der Elasticität des Leichtsinns aus dem Elend der vergangenen Woche. Noch liegen Leichname unberaubt auf den Straßen, noch bemerkt man an den Rinnsteinen schwarz-rothe Blutsteden, noch rauchen die Trümmer, noch sperren Barricaden den freien Verkehr, Soldaten marschiren überall, die Chassepots sind scharf geladen; aber die Stadt lebt wieder auf, die Böden sind geöffnet, die Tische und Stühle draußen vor den Cafes sind von plaudernden Gruppen in Beschlag genommen, die Börse macht wieder ihre Geschäfte — und die Pötte fängt ihre gewohnte unfeilige Wählerarbeit wieder an. Gerade wie sie in den letzten Jahren nicht wenige der Minen gelegt hat, welche endlich in den unheilvollsten Krieg Frankreichs explodirten, so schimpft und hegt sie auch jetzt schon wieder gegen Preußen. So läßt sich die neuerstandene Zeitung „Le Tricolore“, indem sie die Candidatur des Herzogs von Amale zur Präsidentschaft der Nationalversammlung empfiehlt, in folgenem Tone aus: „Die Republik wird nothwendig die Regierungsform Frankreichs bleiben, aber das Land kann das Haupt der Republik nur unter den Prinzen des Hauses Orleans wählen. Ein solches Haupt würde für

1947

zu haben bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.
Redaction, Druck und Verlag von
A. B. Hofmann in Danzig.